

Badische Zeitung

vom 21.02.2009

Ungestrafter Rechtsbruch und ein beschädigter Markt

BZ-GASTBEITRAG: Lüder Gerken sieht ernste Gefahren für die Zukunft der europäischen Integration

In seiner Antrittsrede sagte der neue amerikanische Präsident Barack Obama zum Gefangenenlager Guantánamo: Die Herrschaft des Gesetzes müsse wieder Geltung erlangen. Die US-Regierung habe sich ihr genauso zu unterwerfen wie jeder andere auch. Das bedeutet: Recht und Gesetz setzen dem Regierungshandeln feste Schranken. Für den agilen Herrscher Frankreichs scheint das nicht zu gelten. Zumindest schert er sich nicht um geltendes Recht.

Das Rückgrat der europäischen Integration ist der Binnenmarkt. Sein Grundprinzip ist der freie Warenverkehr in der EU. Er darf nicht beschränkt werden – zum Vorteil gerade auch der Konsumenten. Das gilt für gute und noch mehr für schlechte Zeiten. Denn um sich greifender Protektionismus verschärft eine Rezession. Insbesondere darf ein Mitgliedstaat einheimischen Unternehmen mit Subventionen keinen Vorteil gegenüber Konkurrenten aus der EU verschaffen. Die Europäische Kommission muss gewährleisten, dass dies beachtet wird. Sie darf – und muss – Unternehmenssubventionen eines Mitgliedstaates verbieten, die ausländische Unternehmen benachteiligen. Dem haben sich alle Mitgliedstaaten im EU-Vertrag unterworfen.

Doch als ob es dieses Verbot nicht gäbe, hat der wirbelnde Tausendsassa aus Paris

ein Subventionsprogramm für die französische Automobilindustrie auf den Weg gebracht, das klar gegen das EU-Recht verstößt. Zum Vergleich: Die deutsche Abwrackprämie erhält auch, wer ein Auto eines ausländischen Herstellers kauft. Diese werden also nicht benachteiligt. Der französische Krisenbändiger dagegen gewährt den französischen Automobilherstellern – Renault und Peugeot – sechs Milliarden Euro an zinssubventionierten Krediten. Bereits das ist eine Wettbewerbsverzerrung und verstößt gegen EU-Recht.

Doch der Retter Frankreichs setzt noch eins drauf: Bedingung für die Subvention ist, dass die Unternehmen ihre Produktion in Frankreich halten und dass sie mit französischen Automobilzulieferern zusammenarbeiten. Es werden also ausländische Standorte und Zulieferer diskriminiert. Indirekt forderte er Peugeot sogar auf, die Autoproduktion von Tschechien nach Frankreich zurückzuverlagern.

Dies ist ein derart eklatanter Rechtsbruch, dass die EU-Kommission die französischen Subventionen ohne Wenn und

Aber hätte verbieten müssen. Doch mehr als eine „Prüfung“ geschah nicht. Das gebotene Veto blieb aus. Und was macht Kommissionspräsident José Manuel Barroso? Er schweigt. Jetzt sollen sich die EU-Staats- und Regierungschefs mit der Frage befassen. Die können aber nur politische Erklärungen abgeben. Sie haben nicht das

rechtliche Instrumentarium, die französischen Subventionen zu verbieten. Es ist absehbar, wie das ausgehen wird. Warum erfüllt die Kommission nicht ihre Pflicht? Barroso will im Herbst für eine zweite Amtszeit antreten. Wählen müssen ihn die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten. Gegen Frankreich läuft da nichts. Barroso hätte hart durchgreifen und zugleich seine Bereitschaft zum Verzicht auf eine zweite Amtszeit erklären können. Das hätte ihm und der EU Respekt verschafft. Aber solches Pflichtverständnis kann man von einem Politiker offenbar nicht mehr erwarten.

Frankreich ist im Übrigen nicht das einzige Land, das den Binnenmarkt unterwandert: Die spanische Regierung fordert die Bürger auf, vorrangig spanische Pro-

dukte zu kaufen – die Kommission schweigt. Deutschland plant einen „Wirtschaftsfonds Deutschland“, der deutschen Unternehmen zinsgünstige Kredite gewährt – die Kommission billigt ihn. In Griechenland und Großbritannien werden die Banken angehalten, Staatshilfen möglichst nur an inländische Unternehmen weiterzuleiten – die Kommission schaut weg. Frankreich subventioniert massiv den Finanzplatz Paris – die Kommission nimmt es hin.

Die EU-Kommission schreibt Leitlinien statt zu handeln

Im Gegenteil: Sie schreibt immer neue „Leitlinien“, mit denen mitgliedstaatliche Verstöße gegen die Binnenmarktvorschriften für in Ordnung erklärt werden. Was wir erleben, ist die Demontage des Binnenmarktes – und damit mittelfristig die Gefährdung der europäischen Integration insgesamt. Und es ist niemand da, der die Demonteuere aufhält. Merkwürdig: Während in den USA – trotz einiger protektionistischer Töne – die Herrschaft des Rechts wieder Anerkennung zu finden scheint, bewegen wir uns in Europa in die entgegengesetzte Richtung.

– *Lüder Gerken ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik.*



Lüder Gerken FOTO: BZ